

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/97

Hannover, 24. November 1947

Amerika und die deutsche Einheit Von Friedrich Stampfer, New York

Schumacher sprach in San Francisco, Chicago und dreimal in New York. Kein Wort darüber in der "New York Times". Kaum aber ist er wieder in Deutschland, erscheint ein ellenlanger Bericht des bekannten Mr. Delbert Clark über eine Rede, die Schumacher in einer "geheimen Versammlung" gehalten haben soll und die Mr. Clark natürlich nicht gehört hat. Er hat aber erfahren - von wem? - daß Schumacher als ein gänzlich Veränderter aus Amerika zurückgekommen ist, daß er, der bisher in den Augen des Mr. Clark ein "Fangermanist" war, weil er zur Einheit Deutschlands stand, nun - von wem? - für die Zweiteilung Deutschlands gewonnen sei. Andere Journalisten spinnen das Thema weiter aus und deuten an, daß die plötzliche Bekehrung mit gewissen Aussichten auf die Ministerpräsidentenschaft des neu zu gründenden westdeutschen Staates verbunden sein könnte.

Diesen Herren fehlt offenbar jedes Verständnis dafür, daß es Männer gibt, die für ihre Überzeugung kämpfen und nicht um ein Amt. Schumacher hat den Unsinn von Mr. Clark scharf zurückgewiesen und erklärt, niemals werde er aufhören, für die Einheit Deutschlands zu kämpfen. Mr. Clark wartet nun mit einem neuen Unsinn auf. Schumacher hätte eine "Straffraktion" gegen Parteigenossen unternommen, die nicht seiner Ansicht sind. Gemeint sind Paul Lobe und Otto Suhr, die angeblich in irgendeiner Form mit der SED Verbindung aufgenommen haben sollen. Man wird gut tun, weitere Aufklärung abzuwarten und bis dahin die Berichte des Mr. Clark, der - wäre es auch unwissentlich - die "Times" zu einem Werkzeug kommunistischer Intrigen macht, mit der allergrößten Vorsicht aufzunehmen.

Das deutsche Volk steht mit seinen Sympathien zum Westen, und würde man ihm heute erlauben, frei zu wählen, so würden 90. bis 95 Prozent antikommunistisch stimmen.

Die amerikanische Regierung hat sich zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bekannt. Ich weigere mich, zu glauben, daß dieses Bekenntnis aufrichtig war oder daß es widerrufen werden könnte. Leider aber ist die amerikanische Politik in der Frage der deutschen Einheit bis zum heutigen Tage unsicher, schwankend und undurchsichtig. Aus dieser Haltung hat Rußland jeden möglichen Nutzen gezogen; es zieht mit Hilfe einer blinden oder gefälligen amerikanischen Journalistik weiter Nutzen aus ihr. Wirtschaftliche Einheit ohne politische gibt es nicht.

Politische Einheit setzt das Vorhandensein einer Zentralregierung voraus. Nun aber liest man in Deutschland, daß auf der Londoner Konferenz Rußland eine deutsche Zentralregierung gefordert hat und daß diese Forderung von Amerika, England und Frankreich abgelehnt worden ist. Ein solcher Bericht, ohne Kommentar gegeben, muß zu einer völligen Verwirrung führen.

Daß die Unklarheit der amerikanischen Politik in der Frage der deutschen Einheit die Kräfte der Demokratie in Deutschland in eine Krise treiben kann, ist hier nie geleugnet worden. Die deutschen Demokraten in Amerika, vor allem die Sozialdemokraten, sind ^{aber nicht} ~~entschiedene~~ Anhänger der westlichen Zivilisation, sie sind ^{aber nicht} ~~entschiedene~~ Anhänger der Einheit Deutschlands. Sie wissen, daß es ohne ein einiges Deutschland kein gesundes Europa, keinen Schutz vor dem Bolschewismus und keine Erfolgsmöglichkeit für den Marshall-Plan gibt. Taktisch wird die SPD durch die Unklarheit der amerikanischen Politik in eine unmögliche Situation gedrängt. Sie kann nicht in den Fragen der Menschenrechte, der persönlichen Rechte mit dem Westen marschieren, in der Frage der Einheit aber mit dem Osten. Für eine solche Politik des Einerseits-Andererseits sind die Gegensätze zu gespannt.

In London wird Rußland die Karte der deutschen Einheit auf den Tisch werfen. Amerika wird das Spiel verloren haben, wenn es nicht zur Antwort die Karte der Menschenrechte auf den Tisch wirft. Deutschlands Einheit, wie Rußland sie will, ist eine Einheit, wie die deutschen Sozialdemokraten sie nicht wollen, eine Einheit ohne Menschenrechte, ohne freie Kritik, ohne freie Wahlen. Amerika, das für Menschenrechte, freie Kritik und freie Wahlen eintritt, kann den Deutschen die staatliche Einheit, die sie alle, alle ohne Unterschied der Partei wollen, nicht versagen, ohne sich an der Demokratie und an seinen eigenen Interessen zu verstüßeln. Amerika muß ein freies und einiges Deutschland groß und deutlich in das Programm seiner europäischen Politik schreiben, wenn es sich selber und nicht seinen Feinden dienen will.

Baden-Baden, aus Paris gesehen

A. F. Paris, im November

Das Schicksal der französischen Besatzungszone hängt heute sowohl von der internationalen wie von der innerfranzösischen Entwicklung ab. Die internationale Politik wird über den Zonenzusammenschluß im Osten und über die zukünftigen Rechte einer deutschen Zentralregierung in der französischen Zone entscheiden. In Frankreich selbst wird zur Zeit zwischen Militärs und Zivilisten um die Vorrangstellung in der französischen Zonenverwaltung gerungen.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Kräften ist nicht neu. Seit beinahe zwei Jahren ist es die Absicht der französischen Regierung, die gesamte Verwaltung der Besatzungszone zivilen Instanzen unterzuordnen. In diesem Sinne war die Ernennung des Generalverwalters der Zone, Laffon, zu verstehen. General König sollte als Befehlshaber der Besatzungstruppen und als französischer Vertreter im alliierten Kontrollrat in Berlin mit Laffon gleichberechtigt zusammenarbeiten, sämtliche Verwaltungsfragen sollten nur von zivilen Behörden ent-

schieden worden. Dieser Beschluß kam nie zu einer praktischen Ausführung und die Demission des Generalverwalters Laffon, dem zwei hohe französische Beamte in Baden-Baden auf diesem Wege folgten, ist nur der Abschluß eines langen, leider erfolglosen Ringens gegen die tatsächliche Vormachtstellung der Militärs in der Zone. Zweimal hat das französische Parlament Untersuchungskommissionen entsandt. Die zuständigen Parliamentskommissionen haben wiederholt Verwaltungsreformen beschlossen und ihre Anwendung verlangt. Die sozialistische Partei insbesondere hat immer wieder durch ihren Sachbearbeiter Salomon Grumbach die Stärkung der Zivilbehörden und die Verminderung des militärischen Besatzungspersonals gefordert. Trotzdem ist es bis zum heutigen Tage General Koenig gelungen, die Vormachtstellung der Militärs erfolgreich zu verteidigen. Die Demission des Generalverwalters Laffon zwingt nun der französischen Regierung eine grundsätzliche Entscheidung auf.

General Koenig hat versucht, Laffon sofort nach seiner Demission durch einen ihm genehmen Beamten zu ersetzen. Der Generalverwalter hat aber erklärt, daß er bis zur Ernennung eines Nachfolgers durch Paris im Amt bleibe. Koenig wird von den Linksparteien wegen seiner gaullistischen Einstellung stark angegriffen. Die Sozialisten fordern erneut die Einführung einer wirklichen Zivilverwaltung in der Zone und es ist anzunehmen, daß die Volksrepublikaner und der in dieser Frage zuständige Außenminister Bidault dem gaullistischen General nicht allzu gut gesinnt sind.

Dieser Verwaltungstreit wird natürlich von der internationalen Entwicklung überschattet. Durch den westlichen Zonenzusammenschluß und der Bildung einer deutschen Regierung würden die Machtbefugnisse der französischen Besatzungsbehörden wesentlich eingeschränkt. Man weiß, daß die deutschen Behörden in der französischen Zone in ihrer Bewegungsfreiheit stärker eingeschränkt sind als in der Bizone. Man denke nur an die bedeutenden Beschränkungen der verfassungsmäßigen Rechte der Landtage, an die sehr fühlbare Überwachung der deutschen Behörden und auch an die recht strenge Zensur von Presse und Radio. Im Falle eines Zonenzusammenschlusses wäre anzunehmen, daß die französischen Besatzungsbehörden im Interesse der Schaffung eines einheitlichen Rechtszustandes auf einen großen Teil ihrer bisherigen Vorrechte verzichten.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Pariser Regierung grundsätzlich ihre Zustimmung zu diesem Zonenzusammenschluß im Falle eines Scheiterns der Londoner Konferenz gegeben hat. Sowohl die Erfolglosigkeit dieser Konferenz wie die Aufgabe der Sonderstellung der französischen Zone werden in Pariser politischen Kreisen als Gewisheit angesehen. Der Zonenzusammenschluß wird weder durch den kommunistischen Widerstand noch durch den Wunsch de Gaulles, die Zone als Pfand für die Bewilligung der französischen Sicherheitsforderungen einzubehalten, aufgehalten werden können, denn die Einigung zumindest der westdeutschen Gebiete ist nach Ansicht der Vereinigten Staaten eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Verwirklichung des Marshall-Planes.

"Kalte" Reparationen

Dr. W.H. Das Reparationsproblem ist durch die Demontagepolitik der Alliierten wieder in den Vordergrund gerückt. Mindestens ebenso bedeutend wie die Demontage von Fabrikanlagen, scheint uns neben der Frage nach der Bewertung der von den Alliierten in Besitz genommenen deutschen Patente und ihrer Anrechnung auf die deutschen Reparationsleistungen der "Export" deutscher Wissenschaftler und Techniker nach Amerika, Großbritannien, Frankreich und Sowjetrußland zu sein. Wiederholt wurde auf die unersetzlichen Werte hingewiesen, die Deutschland durch die Zurverfügungstellung der deutschen Patente an die Industrien der Welt entstanden sind. Mehr als zehn Jahre Vorsprung gegenüber der jetzigen industriellen Entwicklung konnten nach Berichten der mit der Auswertung der vielen tausenden Patentschriften betrauten amerikanischen Dienststellen gewonnen und Millionen Dollars für Versuche usw. eingespart werden. Die "Eroberung" der deutschen Patente stellt den eigentlichen Kriegsgewinn der Alliierten dar. Von ihrer wertmäßigen Vergütung aber auf das deutsche Reparationskonto ist bisher noch nie die Rede gewesen.

Darüber hinaus geht der deutschen Industrie jedoch ein weiterer wertvoller Faktor in Gestalt der nach Hunderten zählender Wissenschaftler und Techniker verloren, die mehr oder weniger freiwillig ihr Wirkungsfeld in das alliierte Ausland verlegten. An der Spitze aller Länder steht Amerika, das in erster Linie die Koryphäen der Atomphysik und Raketengeschosse nach drüben holte. Gleich nach der Besetzung Deutschlands "importierten" die Amerikaner über 100 deutsche Gelehrte, die auf V 1 und V 2 spezialisiert waren. Nicht lange danach folgten diesem ersten Schub einige weitere hundert Wissenschaftler, die sich auf dem Gebiet der Atomforschung bereits einen Namen gemacht hatten. Seit dem Sommer 1945 hat u.a. allein die amerikanische Armee ca. 450 deutsche Gelehrte nach den USA gebracht. Die bekanntesten unter ihnen sind Werner v. Braun, der Erfinder des V 2, Dr. Helmut Heinrich, Erfinder des Bänderfallschirms und Dr. Rudolf Herrmann, dessen Pläne für die Konstruktion interplanetarer Basen, von wo man beliebig jeden Ort der Erde mit V 2 (mitte bombardieren können, die Vereinigten Staaten besonders interessiert. Die amerikanische Wissenschaft rechnet damit, daß die deutschen Erfinder mit amerikanischen Dollars nicht nur die zukünftige Kriegsführung revolutionieren helfen und Amerika in der Waffenfabrikation einen nicht wieder einzuholenden Vorsprung vor den anderen Nationen schenken werden, sondern auch mit einer sehr wesentlichen weiteren Einsparung von sonst notwendig gewordenen Ausgaben. Letztere sollen sich zwischen 750 Millionen bis einer Milliarde Dollars bewegen.

Obgleich der amerikanischen Privatindustrie sehr daran gelegen ist, ebenfalls deutsche Erfinder für sich einzuspannen, ist es ihr bis jetzt mit einer Ausnahme, nämlich mit dem alten Zeppelinpezialisten Dr. Eckener, der für die E. Good Years arbeitet, nicht gelungen, weitere deutsche Gelehrte zu beschäftigen. Eifersüchtig wacht die USA-Armee über ihren, auf diese billige Weise errungenen Erwerb. Die meisten Wissenschaftler und Techniker befinden sich - auf zwei Jahre zu einem für ihre Leistungen geradezu lächerlichen Lohn von zehn Dollar im Tag und Verpflegungsentschädigung von weiteren sieben Dollar täglich verpflichtet - in Fort Bliss (Texas) und in Wright (Ohio).

An zweiter Stelle folgt Rußland, das sich in seiner Besetzungszone eine stattliche Zahl Physiker, Chemiker und Ingenieure sichern konnte. Die hier angewandten Mittel zur Mithilfe am Ausbau der sowjetischen Kriegs- und Friedensindustrie sind nicht immer einwandfrei gewesen. Die Vergünstigungen, die diese Angeworbenen von russischer Seite erhalten, sind allerdings im Vergleich zu den amerikanischen Angeboten bedeutend besser. Versprochen wurde jedem Gelehrten 24.000 Rubel monatlich, eine ausreichende Verpflegung von 3500 Kalorien täglich sowie gute Wohnverhältnisse. Doch konnten die Russen trotz ihrer besseren Angebote im Verhältnis zu den USA nicht erstklassige deutsche Kräfte auf ihre Seite ziehen. So war es ihnen u.a. nicht möglich, einen Atomspezialisten vom Range eines Dr. Heisenberg, der übrigens auch die amerikanischen Angebote ausschlug und in Deutschland blieb, für ihre Arbeiten zu gewinnen. Wieviel ihnen aber an seiner Mitarbeit gelegen sein muß, zeigte eine Meldung, die kürzlich durch die ausländische Presse (Basler Nachrichten) ging und von einem Entführungsversuch Dr. Heisenbergs durch die Russen in die Sowjetzone zu berichten wußten.

England und Frankreich belegen dagegen im Rennen um die deutschen Wissenschaftler in weitem Abstand den dritten und vierten Platz. Immerhin hat England den berühmten deutschen Atomforscher und Nobelpreisträger Dr. Hahn engagieren können, während Frankreich über 200 deutsche Gelehrte verfügt, die freiwillig Verträge mit diesem Staat abschlossen, in der Mehrzahl Spezialisten in sogenannten Bluckstomotoren.

Alle diese Gelehrten fehlen beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Mit ihrer Hilfe hätte die deutsche Industrie so manche Breche, die ihr der Verlust der Patente und die Demontage geschlagen hat, wenn auch anfangs nur notdürftig, flicken können. Ebenso aber wie man über die Anrechnung der deutschen Patente auf alliierter Seite kein Wort verliert, spricht man auch nicht über die Werte, die deutsche Erfinder für die Alliierten schaffen. Zu gegebener Zeit müßten diese Fragen jedoch angeschnitten und bei der endgültigen Festsetzung der Reparationschuld mit in Rechnung gestellt werden. Ihre Berücksichtigung würde auf der Haben-Seite des deutschen Reparationskontos mit einem Wert erscheinen, auf den unter keinen Umständen verzichtet werden kann.

Der "Kleine Stalin", Chef der Kominform

Die in Warschau gegründete Kominform, deren Sitz nach Belgrad verlegt wurde, wird von einem Mann geleitet, den seine Freunde den "Kleinen Stalin" nennen. Er heißt Wladyslaw Gomulka, ist 42 Jahre alt und entstammt einer polnisch-galizischen Erdölarbeiter- und Weberfamilie. Gomulka schloß sich in seinen jungen Jahren schon den polnischen Kommunisten an und hatte wegen seiner kommunistischen Tätigkeit viele Jahre im Gefängnis verbracht. Mit 21 Jahren bekleidete er bereits den Posten eines Gewerkschaftssekretärs in einem galizischen Erdölbezirk und wenig später wurde er erstmals wegen Verteilens von Flugblättern am 1. Mai eingesperrt. 1932 wurde er bei einem Zusammenstoß mit der Polizei verwundet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung schloß er sich der kommunistischen

kommunistischen Untergrundbewegung in Oberschlesien an, bis er erneut festgenommen und auf weitere sieben Jahre ins Gefängnis geschickt wurde. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges wieder auf freien Fuß gesetzt, schlug sich Gomulka als fanatischer Moskowiter in das von den Russen besetzte ostpolnische Gebiet durch, kehrte später aber heimlich wieder nach Warschau zurück und beteiligte sich maßgebend am Aufbau der polnischen Untergrundbewegung. 1942 führte er einen Bombenanschlag auf die deutschen Besatzungsbehörden durch, wofür er zum Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Polens ernannt wurde. Wenige Monate später avancierte er bereits zum Generalsekretär der Polnischen Arbeiter-Partei und als solcher trat er dem Lubliner Befreiungskomitee und schließlich der neuen Warschauer Regierung bei, in der er den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Ministers für die "wiedergewonnenen Gebiete" bekleidete. Gomulka ist kein großer Theoretiker, aber ein fanatischer Aktivist und vielleicht gerade deshalb zur Führung der Kominform berufen worden. (b/B65/2411/2/hs)

Mehr Butter, weniger Konferenzen

Eritz Heine, Vorstandsmitglied der SPD, hat dem Nordwestdeutschen Rundfunk am Vorabend der Londoner Konferenz die folgende Stellungnahme zur Verfügung gestellt:

Wir würden lieber etwas mehr Butter, - - und etwas weniger Konferenzen haben. Daß Europa Totenacker und Trümmerfeld wurde, verdanken wir Hitler. Daß wir aber noch heute bis zum Hals in Schutt und Blod stecken, verdanken wir der Uneinigkeit der Siegermächte. Sie tragen die Verantwortung für Deutschland, für die Aufteilung Deutschlands und für alles, was daraus folgt.

Das deutsche Volk will die Einheit Deutschlands. Aber die Verwirklichung dieser Einheit setzt die Einigung der Sieger über unser Land voraus. Wir Sozialdemokraten wollen die Vertretung des deutschen Volkes nicht zum Gegenstand von Manövern werden lassen. Eine verantwortliche Gesamtvertretung Deutschlands kann erst gebildet werden, wenn wir nach einer Einigung der Sieger in voller Freiheit und Rechtssicherheit in allen Zonen eine solche zentrale Regierung auch wirklich wählen können.

Dreißig Monate nach der bedingungslosen Kapitulation hat das deutsche Volk Anspruch auf wirklichen Frieden. Der Friede aber soll nicht den seit langem vorbereiteten Oststaat und nicht den dadurch hervorgegerufenen Zonenstaaten, sondern dem geeinten Deutschland gewährt werden. Wir Deutschen wollen unseren Beitrag zur Gesundung Europas und zur Wiedergutmachung leisten. Dazu aber ist nötig, daß man uns die Möglichkeit zu erfolgreicher Arbeit gibt, daß die Rückkehr der Kriegsgefangenen und Verschleppten beschleunigt wird und daß die Flüchtlinge und Vertriebenen eine Heimat finden.

In London konferieren die Siegermächte. Sie sind unter sich. Wir wünschen ihnen und uns, daß sie sich einig werden. Daß sie den Weg zum Frieden untereinander und zum Frieden für uns finden mögen.

Verantwortlich: Peter Ranzau, Hannover